



Stimmen zur Steuererhöhung

DER HAMMER AUS BERLIN.



Mehrwertsteuer am Freitag im Bundesrat

Am Freitag entscheidet der Bundesrat über die größte Steuererhöhung aller Zeiten. Der Bundestag hat mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD der Mehrwertsteuererhöhung zugestimmt. Die FDP Thüringen und der Bund der Steuerzahler Thüringen (BdSt) machen mobil gegen die Erhöhung der Mehrwertsteuer.

Zum heutigen deutschlandweiten Aktionstag des Steuerzahlerbundes beteiligt sich auch die FDP. FDP-Landeschef Uwe Barth, MdB, wird gemeinsam mit der Thüringer BdSt-Vorsitzenden Dr. Elfi Gründig

gegen die Mehrwertssteuererhöhung protestieren.

"Wir wollen mit der Aktion noch einmal auf die geplante größte Steuererhöhung aller Zeiten hinweisen, die den Menschen in Deutschland zugemutet wird", sagte die Vorsitzende des Steuerzahlerbundes. Gründig wie Barth fordern den Ministerpräsidenten Dieter Althaus auf, am Freitag gegen das Haushaltsbegleitgesetz 2006 zu stimmen. Barth wird sich an der Unterschriftenaktion des Bundes der Steuerzahler beteiligen. (pak)

19 %

Althaus: Einseitige Mehrwertsteuererhöhung ist miserabel

Vor der Wahl ... Stimmen zur Mehrwertsteuererhöhung vor der Bundestagswahl 2005



Der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering hat für seine Partei eine Erhöhung der Mehrwertsteuer in der gesamten kommenden Wahlperiode ausgeschlossen. Wer so etwas vorhat, handele gegen jede konjunkturelle Vernunft. (SPD-Pressemitteilung, 19.08.2005)

**ICH KANN MIR
ANGELA MERKEL
NICHT LEISTEN.**

Nein zur Erhöhung der Mehrwertsteuer. SPD.

Am 18. September verhindern:

**KONJUNKTURBREMSE
MERKELSTEUER**

SPD

Notebook
999,- €

+ 17,22 €

MERKELSTEUER

Stimmen aus Thüringen

„Christoph Matschie, Vorsitzender der SPD Thüringen, spricht sich klar gegen den CDU-Plan zur Erhöhung der Mehrwertsteuer aus. Matschie dazu: „Das CDU-Vorhaben verteuert jeden Einkauf, jede Autoreparatur, jede Handwerkerrechnung. ... Der Thüringer Durchschnittsverdiener mit Familie zahlt am Ende drauf.“ (Pressemitteilung SPD Thüringen vom 05.08.2005)

„Die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf mindestens 18% führt nicht nur zu einer deutlichen Mehrbelastung aller Bürger, sie wäre gerade in Ostdeutschland aufgrund der schwächeren Einkommensentwicklung ein Konjunkturkiller.“ (Jens Hartung, Landesgeschäftsführer SPD Thüringen, Pressemitteilung SPD Thüringen vom 21.07.2005)

„Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer wäre in der gegenwärtigen konjunkturellen Situation Deutschlands Gift.“ (Dieter Althaus, MDR-Aktuell, 26. Juni 2005)

„Wenn man jetzt versucht, an einem einzigen Steuerrad zu drehen, dann wird sich dadurch das Problem eher erhöhen, denn z. B. die Erhöhung der Mehrwertsteuer würde ja erheblich dem Konsum ein Problem organisieren.““Ich bleibe bei meiner Meinung: Die Konsumenten

in Deutschland sind ohnehin verunsichert genug. Die Kaufzurückhaltung steht auf der Tagesordnung und ich sage, unser Problem ist natürlich ein Einnahmeproblem, aber das kann man nicht nur dadurch lösen, in dem man bei der Einnahmewicklung staatlich einen neuen Weg organisiert, sondern wir müssen etwas für die Wachstumsschwäche Deutschlands tun.“ (Dieter Althaus, Deutschlandradio Kultur, 10. Mai 2005)

„Einseitig die Mehrwertsteuer zu erhöhen wäre genau das Gegenteil von gut, nämlich miserabel.“ (Dieter Althaus, Deutschlandfunk, 26. Mai 2005)

Althaus macht Front gegen die Debatte über eine Mehrwertsteuererhöhung: „Deshalb macht es jetzt überhaupt keinen Sinn, einzelne Bereiche herauszugreifen oder sogar über eine Erhöhung zu diskutieren.“ (Dieter Althaus, Interview Südthüringer Zeitung, 4. Juni 2005)

„Scharf kritisiert hat der Vorsitzende der SPD Thüringen, Christoph Matschie, das Wahlprogramm der Bundes-CDU und die angekündigte Erhöhung der Mehrwertsteuer. Menschen mit geringem Einkommen – Familien und Rentner – treffe eine Erhöhung der Mehrwertsteuer besonders hart.“ (SPD Thüringen, Pressemitteilung vom 11.07.2005)

Stimmen aus der Presse

Süddeutsche Zeitung: „Rauf mit der Mehrwertsteuer, zu Lasten der Konjunktur, und dann die neu eingeworbenen Steuermilliarden gedanklich gleich mehrfach ausgeben, zur Senkung der Arbeitskosten, zum Stopfen von Haushaltslöchern, zur Förderung von Investitionen. Das ist Harakiri à la CDU/CSU.“ (24. Juni 2005)

Kölnische Rundschau: „In der Phantasie von Unionspolitikern ist jeder durch die Mehrwertsteuer einzunehmende Euro schon viermal ausgegeben: Die „Gesundheits-prämie“ soll nun wirklich keinem mehr weh tun, die Arbeitslosenbeiträge sollen sinken, eine Steuerreform will bezahlt sein, und die Länderfinanzminister hoffen auch, (3. Juli 2005)

Hamburger Abendblatt: „Eine [...] erhöhte Mehrwertsteuer wird mit großer Wahrscheinlichkeit zunächst die Binnenkonjunktur dämpfen. Denn die Preise steigen, und die Menschen werden noch zurückhaltender bei Neuanschaffungen sein, als sie es ohnehin schon sind. Deshalb haben nicht nur Wirtschaftswissenschaftler Zweifel, ob dies das richtige Signal für den Aufbruch aus dem Konjunkturtal ist.“ (25. Juni 2005)

Deutsche Handwerkszeitung: „Man sagt zwar, daß die Hoffnung zuletzt sterbe. Kommt die Mehrwertsteuererhöhung aber ohne gleichzeitige wirksame und entlastende Strukturreform an den genannten Stellen, dann stirbt die Hoffnung auf einen Aufschwung nach der Wahl zuerst.“ (8. Juni 2005)

Stimmen aus Wissenschaft und Wirtschaft

Prof. Dr. Wolfgang Wiegand, Mitglied des Sachverständigenrats: „Eine Mehrwertsteuererhöhung zur Haushaltskonsolidierung ist ökonomisch nicht der richtige Ansatz.“ (18. Januar 2006)

Hanns-Eberhard Schleyer, Generalsekretär des Zentralverbands des Deutschen Handwerks: „Das hartnäckige Festhalten an diesem Plan macht ihn nicht besser. Wir haben von Anfang an schwerwiegende Bedenken gegen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer vorgebracht. Sie führt zu mehr Schwarzarbeit und zu weniger Kaufkraft. Das wird der Mittelstand bitter spüren.“ (20. Februar 2006)

Prof. Hans-Werner Sinn, Chef des Ifo-Instituts: „Der Staat soll lieber bei sich selber sparen, statt den Bürgern das Geld aus der Tasche zu ziehen.“ (4. November 2005)

Otto Kentzler, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks: „Die Absenkung der Lohnzusatzkosten muß durch Einsparungen und Reformen geschehen. Geldspritzen aus der rechten in die linke Tasche ersetzen keine Reformen. Zumal von der Mehrwertsteuererhöhung noch nicht einmal ein Drittel dafür eingesetzt wird.“ (2. März 2006)





Ablehnung, Gegenwehr, Diffamierung, Aggressivität - der Wahlkampf der SPD gegen die Mehrwertsteuererhöhung ließ nichts an Härte vermissen. Sie kämpfte gegen die von der Union vorgeschlagenen zwei Prozentpunkte Mehrwertsteuererhöhung, die komplett in die Senkung der Lohnzusatzkosten investiert werden sollten. Kurz nach der Wahl brachen beide Parteien ihre Wahlversprechen, planten die Mehrwertsteuererhöhung mit drei Prozentpunkte, die zum großen Teil der Sanierung der maroden öffentlichen Haushalte dienen soll. Am 19. Mai brachte der Erfurter SPD-Abgeordnete Carsten Schneider die Mehrwertsteuererhöhung für die Große Koalition in den Bundestag ein, CDU/

CSU und SPD winkten die Erhöhung durch. Am kommenden Freitag wird der Bundesrat das Gesetz behandeln.

Die FDP hält die Erhöhung der Mehrwertsteuer für einen Fehler. Die Binnenkonjunktur wird abgewürgt, die Verteuerung der Dienstleistungen treibt die Schwarzarbeit in die Höhe. Das kostet Arbeitsplätze. Zudem leiden vor allem Geringverdiener, die einen großen Teil ihres Einkommens in den privaten Konsum investieren müssen.

Impressum

Hrsg.: Pressestelle FDP Thüringen

Redaktion: Patrick Kurth

Gestaltung/Grafik: Patrick Kurth

Fragen/Hinweise/Mitarbeit gem postalisch oder per Mail.

Anschrift der Redaktion:

FDP Thüringen
Tschaikowskistraße 35
99096 Erfurt

pressestelle-thueringen@fdp.de

Steckbrief

FDP Thüringen

- ? Freie Demokratische Partei, Landesverband Thüringen
- ? Vorsitzender: Uwe Barth; Generalsekretär: Patrick Kurth
- ? Mitglieder: über 2.300, 23 Kreisverbände
- ? Über 300 Stadt- und Gemeinderäte sowie Kreistagsabgeordnete
- ? Die FDP ist die liberale Partei in Thüringen. Sie setzt sich für die Freiheits- und Bürgerrechte ein und macht sich für den mittelständische Wirtschaft, den Hauptarbeitgeber Nr. 1, stark. Die FDP Steht für weniger Staat und weniger Bürokratie ein. Sie will ein einfaches und überschaubares Steuersystem mit weniger Belastungen für den Bürger.
- ? **Kontakt:**

FDP Thüringen, Tschaikowskistraße 35, 99096 Erfurt
www.fdp-thueringen.de thueringen@fdp.de